

Gegenwärtig wird in Vietnam heftig debattiert

Zur Entwicklung der industriellen Arbeit

von Eberhard Knappe

Die Asian Development Bank (ADB) hat in ihrem Bericht *Vietnam 2010, Eintritt ins 21. Jahrhundert* Strategien vorgestellt, wie Vietnam die Armut bekämpfen und sich gleichzeitig modernisieren kann. Dazu sind in einem umfangreichen Anhang die neuesten verfügbaren Zahlen zur Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung in Vietnam dargestellt. 1999 hatte Vietnam eine Gesamtbevölkerung von 76,3 Mio., 17,9 Mio. lebten in Städten und 58 Mio. Menschen lebten auf dem Land. Die Bevölkerung wächst jährlich um 1,7 Prozent, so dass wir gegenwärtig, Mitte 2001, von etwa 79 Mio. VietnamesInnen ausgehen können.

1999 betrug die Zahl der Beschäftigten 38,6 Mio.. Die meisten von Ihnen, 35,2 Mio., waren im nichtstaatlichen Sektor beschäftigt. Nur 3,4 Mio. arbeiteten in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen. Die Verteilung der Beschäftigten auf die unterschiedlichen Branchen stellte sich für 1999 wie folgt dar:

Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft:	26,6 Mio.
Industrie:	3,7 Mio.
Handel und Versorgung:	fast 3 Mio.
Wissenschaft, Erziehung u. Ausbildung:	über 1 Mio.
Bauwesen:	982.000
Transportgewerbe:	etwa 900.000
Hotel und Tourismus:	über 500.000
Staatsverwaltung:	etwa 400.000
Gesundheits- und Sozialwesen:	300.000
Finanz-, Versicherungs- u. Bankwesen:	150.000
Kultur, Kunst und Sport:	100.000
	Beschäftigte.

Nicht spezifiziert sind die eine Million im Sicherheitsbereich, in der Schifffahrt und in Übersee arbeitenden Personen. Laut dem vorliegenden Bericht sind seit 1999 jährlich 1,2 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Auch diese Arbeitsplätze waren am wirtschaftlichen Erfolg Viet-

nams beteiligt: Von den mehr als 9,3 Mrd. US-Dollar, die Vietnam 1998 durch Exporte verdiente, entfielen 1,2 Mrd. auf Erdöl, 1,4 Mrd. auf Garne und Textilien und eine Milliarde auf Schuhe. Die restlichen 5,7 Mrd. US-Dollar erlöste Vietnam hauptsächlich mit landwirtschaftlichen Produkten. In den letzten beiden Jahren stiegen die Preise und Mengen bei den industriellen Exporten, während die Preise bei Reis und Kaffee etwa weiter gesunken sind.

38,5 Mio. Beschäftigte

Im Entwicklungsbericht Vietnam (südostasien 1/2001) sind die Ziele für die Entwicklung in der nächsten Dekade dargestellt. Es bedarf eines jährlichen Wachstums von sieben Prozent, einer graduellen Abwanderung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften in besser bezahlte Jobs in der verarbeitenden Industrie, damit die Quote der in der Landwirtschaft arbeitenden VietnamesInnen

auf etwa 50 Prozent gedrückt werden kann. Gleichzeitig besteht ein zusätzlicher Bedarf an Arbeitsplätzen in der Industrie für die erwarteten 1,2 bis 1,5 Mio. SchulabgängerInnen in den nächsten 10 Jahren. Diese Vorgaben macht

auch der Bericht des Zentralkomitees an den 9. Parteitag. In den nächsten zehn Jahren soll Vietnam aus der Unterentwicklung geführt werden, um dann bis 2020 ein moderner, industrialisierter Staat zu werden. Die Hauptlast dieser Entwicklung werden die etwa fünf Mio. Menschen tragen,

die jetzt in Industrie und Bauwesen für die Wachstumsraten und einen steigenden Export sorgen. Aber die Veränderung in der vietnamesischen Wirtschaft muss noch größer sein, um nachhaltige und langfristige Wirkungen z.B. bei der Armutsbekämpfung hervorzurufen.

Mehr Überstunden?

Um den Bereich der Konkurrenzfähigkeit der Betriebe, der Flexibilisierung und Qualifizierung der Menschen im Arbeitsleben wird gegenwärtig erbittert debattiert, gerade auch vor dem Hintergrund der Globalisierung. Verschiedene Artikel des Arbeitsgesetzbuches sind umstritten, Unternehmer fordern eine Ausdehnung der jährlichen Überstunden von 200 auf zukünftig 400 und die Abschaffung des obligatorischen Gewerkschaftsbeitrags, der jetzt zwei Prozent der Lohnsumme ausmacht. Andererseits werden von den Betrieben staatliche Fördermaßnahmen eingefordert, die z.B. für Unternehmen mit einer hohen Frauenquote gelten sollen. Wenn also die Anzahl der privaten in- und ausländischen Unternehmen und die Zahl ihrer Beschäftigten wachsen müssen, wird es in Zukunft darauf ankommen, wie sich der Wandel in der Gewerkschaftsbewegung vom Transmissionsriemen der Partei zu einer Interessenvertretung der ArbeiterInnen vollzieht. Denn nur eine direkte und basisdemokratische Gewerkschaftsvertretung kann die Situation der ArbeiterInnen in den Betrieben regeln und entwickeln.

Der Autor ist Doktorand der Politik am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin